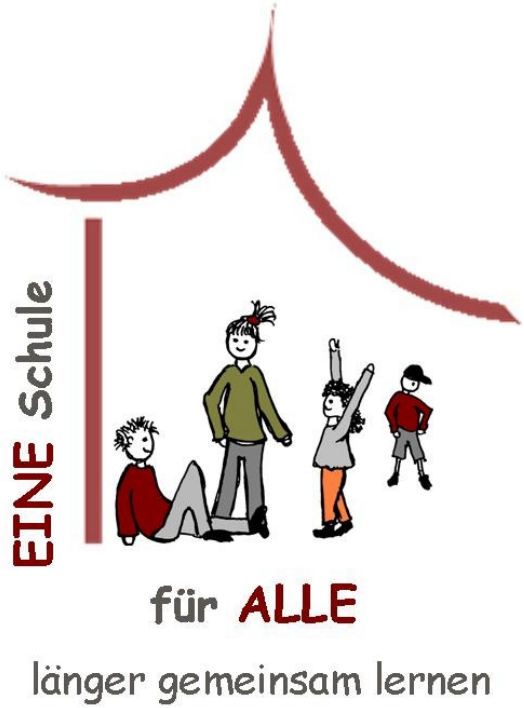
Betrifft: Weiterentwicklung des Schulsystems

Prüfsteine zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl am 27. März 2011



Unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative
EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e. V.

http://eine-schule-fuer-alle-rlp.de

Inhaltsverzeichnis

Presseerklärung 3

Prüfsteine zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl – Synopse der parteipolitischen Positionen 4
Prüfstein 1 – Längeres gemeinsames Lernen 4
Prüfstein 2 – Reduzierung von Bildungsversagen 6
Prüfstein 3 – Inklusion 10
Prüfstein 4 – Ganztagsschule 12
Prüfstein 5 – Übergang vom Elementar- in den Primarbereich 14
Prüfstein 6 – Lehrerbildung 16

Auf den Punkt gebracht! – Eine Kommentierung bildungspolitischer Positionen zur Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems 18

Der Knackpunkt: Den Parteien ins Stammbuch geschrieben und dem Wähler als Orientierungshilfe! 23

Impressum

Herausgeber: Unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative „EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.“

Kontakt:: eine-schule-fuer-alle@onlinehome.de

Homepage: http://eine-schule-fuer-alle-rlp.de

Text: Arno Rädler

Layout: Winfried Eschmann

Druck: Brohl Copy + Print GmbH, Kaiserslautern

Februar 2011

Presseerklärung: Rückwärts gewandt bis offen – rheinland-pfälzische Parteien zur zukünftigen Bildungspolitik

"In der Bildungspolitik auch in den nächsten fünf Jahren nur eine zögerliche SPD, rückwärtsgewandte Christdemokraten, die sich allen Erkenntnissen der empirischen Pädagogik verweigern, und sogar ratifizierte internationale Abkommen nicht umsetzen wollen, eine FDP, die verschwommen wortreich den status quo, ebenfalls fern von allen wissenschaftlichen Erkenntnissen, beibehalten will, im Sinne unserer Initiative offenere GRÜNE, die ein inklusives Schulsystem wollen und die LINKE, die rundum offen den Vorstellungen der Initiative zustimmt, so komprimiert bewertet die unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative "EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V." die Antworten der Parteien auf sechs Wahlprüfsteine.

"Insgesamt", so die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative, "bewegt sich das Antwortspektrum der Parteien im erwarteten Rahmen". Überraschungen seien ausgeblieben. Erstaunt müsse jedoch festgestellt werden, mit welch hartnäckiger Verweigerung CDU und FDP die Ergebnisse der empirischen pädagogischen Forschung der letzten 20 Jahre ignorierten. Beide Parteien wollten um jeden Preis am gegliederten Schulsystem festhalten. Die CDU behaupte sogar, in der Bildungsforschung existierten „keinerlei evidente Ergebnisse ..., die definitiv die Vorteile eines längeren gemeinsamen Lernens belegen könnten".
SPD, GRÜNE und LINKE dagegen befürworteten das längere gemeinsame Lernen. Die SPD betone ausdrücklich, dass "Studien und internationale Vergleichstests (...) immer wieder darauf hin(weisen), dass längeres gemeinsames Lernen nicht schadet, sondern eher nutzt". Leider ziehe die Partei daraus nicht die notwendigen Konsequenzen, sondern wolle auch künftig bei ihrer zögerlichen und kleinschrittigen Politik bleiben. So sei die SPD noch nicht einmal bereit, die kooperative Form der Realschule plus abzuschaffen, "da die SPD für eine verlässliche Politik steht".
"Wir fordern die SPD nicht auf, unzuverlässig zu werden, sondern schlicht einen Fehler bei der Einführung der Realschule plus zu beheben; denn die Trennung der Schüler in einen Haupt- und Realschulzweig nach der 6. Klasse beendet zu früh das gemeinsame Lernen der Schülerinnen und Schüler dieser Schulart, was die SPD ja eigentlich als richtig ansieht", erinnert die Initiative die SPD. Diese Widersprüchlichkeit lasse sich in den Antworten der SPD leider zu oft finden. Statt klarer Aussagen, begründet auf eigener Programmatik, die zudem dem aktuellen Forschungsstand entspricht, fehle der Mut, die richtigen Konsequenzen zu ziehen – die inklusive Schule für Alle bis zum 10. Schuljahr.

Klare Aussagen, das bestehende System entsprechend der auch von Rheinland-Pfalz ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention umzuwandeln, formulierten nur die GRÜNEN und die LINKE. CDU und FDP verweigern sich prinzipiell den Forderungen der UN-Konvention. Die SPD kündige zwar an, den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern durch die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen auszubauen, das Ziel, ein inklusives Schulsystem zu schaffen, scheine aber als "Vision" für sie in weiter Ferne zu liegen.

Große Zurückhaltung müsse man feststellen, wenn es darum geht, die Ganztagsschule für Alle zu schaffen. Hier möchten alle Parteien, außer der LINKEN, bei der Ganztagsschule als Angebotsschule bleiben. Darüber sollten die Eltern entscheiden. Einmal abgesehen davon, dass die SPD zudem eine "Finanzierung...verpflichtender Ganztagsschulen...im aktuellen Haushalt (für) nicht darstellbar (hält)", will die CDU die Ganztagsschule als Angebot ohnehin nur für die "Unglücklichen" in unserer Gesellschaft.
"Insgesamt ist wenig Aufbruch in den bildungspolitischen Aussagen der Parteien zu erkennen. Es überwiegt das ´Weiter-wie-bisher`, insbesondere bei CDU und FDP das Beharren auf dem bestehenden gegliederten Schulsystem, das Ungerechtigkeiten manifestiert und Bildungsverlierer produziert. Zu hoffen bleibt, dass die GRÜNEN im Falle einer Regierungsbeteiligung ihre Vorstellungen in eine Koalition einbringen und den Mut haben werden, sie auch umzusetzen.
Dann besteht ein wenig Hoffnung, dass auch das rheinland-pfälzische Bildungswesen gerechter werden und endlich den Anschluss an die internationale Entwicklung schaffen könnte. Längeres gemeinsames Lernen ist weltweite Praxis, das muss auch in allen unseren Schulen Realität werden", so die abschließende Forderung der "Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V." bei der Vorstellung der Parteiantworten zu den Wahlprüfsteinen.

Prüfsteine zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl am 27. März 2011:

Prüfstein 1	**BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN**	**CDU**
Eltern beurteilen das deutsche Schulsystem zunehmend als ungerecht (vgl. zuletzt die von der Bertelsmannstiftung in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage durch Infratest dimap vom Juli 2010). Wissenschaftliche Vergleichsuntersuchungen belegen dies mit erdrückender Regelmäßigkeit auch für Rheinland-Pfalz, selbst wenn es in der Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern noch krassere Beispiele dafür gibt, wie stark die soziale Herkunft eines Kindes seinen Bildungserfolg bestimmt.		
LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN **Werden Sie sich im Rahmen Ihrer bildungspolitischen Verantwortung nach Kräften für eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens einsetzen?** ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil……...**	JA , bis zum Ende des 9. Schuljahres durch Verankerung der IGS im SchulG als weitere Regelschule Gründe: • größere Anmeldezahlen an IGSen als vorhandene Plätze, • „Schulträger wollen wohnortnah alle Schulabschlüsse unter einem Dach“ anbieten.	NEIN, „da in der Bildungsforschung keinerlei evidente Ergebnisse existieren, die definitiv die Vorteile eines längeren gemeinsamen Lernens belegen könnten. Ganz im Gegenteil haben die integrativen Schularten in den innerdeutschen Bildungsvergleichen durchgängig schlechter abgeschnitten, als die differenzierten Schularten.“
Wenn JA, mit welchen konkreten Maßnahmen haben Sie vor, die Akzeptanz einer Verlängerung des gemeinsamen Lernens in der rheinland-pfälzischen Wählerschaft zu erhöhen?	„Wir setzen auf eine ‚Schulreform von unten’ “: • steigende Anmeldezahlen für IGSen, • Interesse der Schulträger an IGSen (s.o.), • schulgesetzliche Verankerung der IGS als weitere Regelschule.	*entfällt*

DIE LINKE	FDP	SPD
Zugleich weisen die Untersuchungsergebnisse im Vergleich mit den übrigen europäischen Schulsystemen eindringlich darauf hin, dass sich dieser Effekt verschärft, je früher die Kinder auf verschiedene Schularten verteilt werden. **Dessen ungeachtet wird in Europa nur noch in Österreich, einigen Teilen der Schweiz und in Deutschland an dieser frühen Selektion der Kinder nach dem 4. Schuljahr festgehalten.**		
JA, bis zum Ende des 10. Schuljahres	(NEIN)[1], aus folgenden Gründen: • Die FDP … „setzt … auf eine differenzierte Schulstruktur, die den Raum für die Entfaltung von Individualität schafft, …sowohl im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler als auch für die Profilbildung der Schulen." • „Chancengerechtigkeit ergibt sich aus dem Grad der individuellen Förderung" und erfordert „ein hohes Maß an Durchlässigkeit", „Vielfalt … im Angebot, ein hohes Maß an Wahlfreiheit, Selbständigkeit und fairen Wettbewerb. Das garantiert Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung für Alle!" • Ablehnung eines „Einheitsschulsystems, das große Teile unserer Jugend zu lange in allgemeinbildenden Schulangeboten bindet, den Blick auf die Chancen beruflicher Bildung verstellt und so individuellen Bildungserfolg eher behindert als befördert." • „Diese Verschmelzung der Schulformen zöge eine Nivellierung nach sich, die soziale Ungleichheit zementieren würde…"	JA, bis zum …(*keine Angabe*) Gründe: • „Studien und internationale Vergleichstests weisen immer wieder darauf hin, dass längeres gemeinsames Lernen nicht schadet, sondern eher nutzt."
Gezielte Ansprache der Erziehungsberechtigten bzw. der Elternvertretungen, z. B. mit Informationsveranstaltungen	*entfällt*	„Gesellschaft von seiner Richtigkeit und von dem Nutzen für das eigene Kind überzeugen" durch „Schritt für Schritt um Akzeptanz für diese Idee werben". Dazu „müssen die Schulen gut ausgestattet sein, um … als ‚Best Practice'-Beispiele zu gelten"; so z. B. • die Absenkung der Klassenmesszahl auf 25 und Poolstunden für längeres gemeinsames Lernen in der Realschule plus, • höhere Zuweisung für IGSen.

[1] JA oder NEIN in Klammern ( ) kennzeichnet: Das Votum wurde aus dem betreffenden Antworttext entnommen. Bei der FDP erfolgte generell keine Ankreuzung.

Prüfstein 2	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Die Folgen unseres auslesenden und gegliederten deutschen Schulsystems sind nicht zufriedenstellend. Beispielhaft seien erwähnt: • **Rund 20 % eines Jahrganges unserer 15-Jährigen verfügen nur über rudimentäre Kompetenzen im Lesen und Rechnen – viel zu oft nicht einmal auf Grundschulniveau.** • **Die Zahlen der Schul-, Ausbildungs- oder Studiumsabbrecher sind erschreckend.**		
REDUZIERUNG VON BILDUNGSVERSAGEN **Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Leistungsfähigkeit des rheinland-pfälzischen Schulsystems nachhaltig verbessern?**		
☐ **Verbesserung der individuellen Förderung durch zusätzliche finanzielle/personelle Ressourcen**	JA	JA
☐ **nachhaltige Verbreitung des Einsatzes von individualisierendem Unterricht in den Schulen**	JA	NEIN
☐ **Abschaffung von Klassenwiederholungen**	JA	NEIN
☐ **Abschaffung des Abschulens (erzwungene Wechsel der Schulart)**	JA	NEIN
☐ **Abschaffung der kooperativen Form der Realschule plus**	JA	NEIN

DIE LINKE	FDP	SPD
• **Auch in Rheinland-Pfalz bleiben jährlich rund 7 % unserer Jugendlichen ohne Abschluss, rund 10 000 jährlich müssen Klassen wiederholen.** **Abgesehen von den direkten finanziellen Aufwendungen sowie den gesamtgesellschaftlichen Folgekosten bleiben die individuellen, Risiko behafteten Lebensläufe eine schwer belastende Hypothek für den betroffenen Menschen und letztlich für die ganze Gesellschaft.**		
JA JA JA JA JA	- „Das schulische Angebot muss … allen jungen Menschen ein(en) Anschluss in die schulische und berufliche Aus- und Weiterbildung gewährleiste(n) …“ und „… das Erreichen der Berufsausbildungsreife garantier(en)“, daher - „begabungs- und anforderungsgerecht förder(n) und beurteil(en)“ als „notwendige Orien- (JA) tierung auf ihre (die Jugendlichen) weiteren Möglichkeiten.“ - „Die Schullaufbahnberatung ab der 4. Klasse der Grundschule muss … die beruflichen und allgemein bildenden Perspektiven frühzeitig und gleichberechtigt darstel- *(unbeantwortet)* len und bewerben.“ - Die FDP „will … in einer Garantieerklärung für alle Eltern sicherstellen, dass es für ihre Kinder keine Sackgassen im Bil- *(unbeantwortet)* dungswesen gibt.“ „Dazu muss - jede Schule die Möglichkeit haben, bei zunehmend heterogenen Lerngruppen die Teil- (NEIN) nehmerzahlen stufenweise herabzusetzen.“ - „den Realschulen plus ein breites Spektrum innerer Differenzierungsmöglichkeiten gegeben werden“ (Teamteaching , Fachkräfte anderer Professionen“ zur differen- (NEIN) zierten Förderung bei „unterschiedlichen Voraussetzungen, Talenten und Herausforderungen“.	*Generell keine Ankreuzung erfolgt* (JA) „Soweit dies finanziell möglich ist, werden wir diesen Ausbau der Bildungsressourcen weiterführen.“ (JA), „sofern mit vorgenanntem der Einsatz von Methoden der individuellen Förderung im Unterricht gemeint ist … .“ *(bleibt offen)* Klassenwiederholungen können „nur im Extremfall pädagogisch sinnvoll und erfolgreich“ sein, daher wurde die Möglichkeit zur Wiederholungsprüfung geschaffen. (NEIN). „Die Schulstrukturreform (hat) dazu geführt, dass Abschulungen nur noch in seltenen Fällen möglich sind.“ (NEIN) für die „kommenden Jahre“, „da die SPD für eine verlässliche Politik steht.“

Forts. Prüfstein 2	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
☐ **Abschaffung der Notengebung**	JA	NEIN
Zusätzliche Maßnahmen:	Nutzung der rückläufigen Schülerzahlen zum • schrittweisen Reduzieren der Klassengrößen, • schrittweisen Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst, • Sicherstellen einer 100%-igen Unterrichtsversorgung, mehr Selbständigkeit für Schulen (Personal- u. Budgetverantwortung).	„verstärkte Praxisorientierung der Realschule plus und der Gesamtschule“

DIE LINKE	FDP	SPD
JA *keine Angaben*	- gezielte Förderung von Lernschwächeren „bereits ab Klasse 5“, Realschulen plus können *(unbeantwortet)* zusätzliche Sprachfördergruppen einrichten. - „für Kinder mit Lerndefiziten von Anfang an in kleinen Gruppen (12-15 Schüler) vor allem in … Deutsch und Mathematik eine gesonderte systematische Förderung“, - „kontinuierliche … Förderung von Migrantenkindern in den Kindertagesstätten und Schulen sowie … verbindliche Sprachstandserhebungen und verstärkte Sprachfördermaßnahmen im Elementarbereich, die schon beim Eintritt in die KiTa greifen sollen.“ -„ Ausbau der Arbeitsweltklassen“, - „Stärkung der Kooperation mit der berufsbildenden Schule“, - Übernahme der DOS in das Mittelstufenprofil. - „Anreize …, um leistungswilligen und pädadgogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst attraktiv zu machen“, - „Eine Einheitsbesoldung lehnen wir ab“, stattdessen Orientierung an „Qualifikation und Leistung“ mit „Leistungsprämiensystem“. - „echte Eigenverantwortlichkeit“ von Schulen, z. B. „das Recht ein eigenes Budget aufzustellen und weitgehende Hoheit in Personalfragen“ - korrespondierend mit einem „Unterstützungssystem“ für die Schulen von staatlicher Seite und einem flexiblen Fortbildungssystem für die aktuellen Bedarfe der Schulen, - Herausnahme des Bildungswesens aus Sparanstrengungen und Optimierung der Finanzierung nach Vorbild der ProReko-Schulen (Niedersachsen).	(NEIN) Neben „pädagogisch … nützlich(en) und hilfreich(en) beschreibende(n) Leistungsbeurteilungen bietet das traditionelle Notensystem … eine schnelle Orientierung und Einordnung“, daher sollen sich beide Verfahren ergänzen. *keine Angaben*

PRÜFSTEIN 3	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Im März 2009 ratifizierte die Bundesrepublik Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention und verpflichtete sich damit, ein <u>inklusives</u> Schulsystem zu schaffen (Art. 24), in dem <u>alle</u> Kinder und Jugendlichen, somit auch Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt		
INKLUSION **Werden Sie sich im Rahmen Ihrer bildungspolitischen Verantwortung nachdrücklich für eine schnellstmögliche Einrichtung eines inklusiven Schulsystems einsetzen?** ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil ……..**	JA „Wir wollen an den Schulen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vollständig umsetzen." „In der GRÜNEN Schule für Alle werden Kinder mit Lernbeeinträchtigungen sowie geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen einbezogen."	*Keine Ankreuzung erfolgt* (NEIN) „Die CDU-Landtagsfraktion wendet sich gegen vereinheitlichende Lösungen, da die Bedürfnisse und Notwendigkeiten, insbesondere auch der beeinträchtigen und behinderten Kinder, grundverschieden sind. Wir treten dafür ein, die Integration behinderter und beeinträchtigter Kinder in die allgemeinbildenden Schulen zu verbessern."
Wenn JA, können Sie grobe zeitliche Planungseckdaten angeben?	*keine Angabe*	*entfällt*
Werden Sie sich dafür einsetzen, ab dem Schuljahr 2011/12 keine Kinder mehr den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen zuzuweisen, sondern den zuständigen allgemeinbildenden Schulen? Dabei laufen die Förderschulen schrittweise aus und die förderpädagogischen Ressourcen gehen in vollem Umfang auf die entsprechenden allgemeinbildenden Schulen über. ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil .....**	JA	NEIN Wir sind der „Überzeugung, dass die Förderschulen in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag für das selbstbewusste Heranwachsen beeinträchtigter bzw. behinderter Kinder … leisten."

DIE LINKE	FDP	SPD
Zugang zum Unterricht an Grund- und weiterführenden Schulen haben. Dies gilt uneingeschränkt auch für Rheinland-Pfalz.		
JA „Wir werden sofort nach Einzug in den Landtag beginnen.“ JA	(NEIN) „Die Umsetzung der UN-Konvention … muss auf Grundlage der bestehenden Strukturen vom Kindergarten bis zur Universität erfolgen.“ „Bestehende Integration von Kindern mit Behinderungen …(im Elementarbereich) ist weiter auszubauen“, ebenso das Angebot von Schwerpunktschulen. Es „… ist zu prüfen, inwieweit die Einrichtung von Förderzentren der Integration und Inklusion dienen kann.“ *entfällt* *(*NEIN) „Neben der Möglichkeit, eine …(Förderschule) zu besuchen, muss jedem Kind gemeinsam mit seinen Eltern soweit möglich die Entscheidung offen stehen, sich für den Besuch einer Regelschule vor Ort anzumelden.“ „Dies beinhaltet auch die Erhaltung qualifizierter Förderschulangebote, sofern von den betroffenen Eltern, Schülerinnen und Schülern gewünscht.“	*Generell keine Ankreuzung erfolgt* *(*eher NEIN)*,* da *a*ls „Vision formuliert: …Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen besuchen die gleichen Schulen wie nicht beeinträchtigte …, nachdem sie zuvor gemeinsam in denselben Kindertagesstätten waren.“ * „Jenseits davon“ ist - „das Angebot an Schwerpunktschulen … in allen Schularten und an allen Schulstandorten auszuweiten, *(entfällt)* um damit dem Elternwillen bei der Schulwahl … oberste Priorität einzuräumen;* - sicherzustellen, dass, falls es von Eltern und den betroffenen Kindern (NEIN) gewünscht wird, die qualifizierten Förderschulangebote erhalten bleiben.“ * - Es ist „zu überprüfen, inwieweit die Entwicklung und Einrichtung von Förderzentren einen Beitrag zur besseren Integration und Inklusion … leisten kann.“ * - „Die Träger (sind) bei der Erweiterung des Angebots an integrativen Kinderkrippen, integrativen Kindergärten und inklusiven Maßnahmen in Regelkindergärten sowie bei der Umgestaltung von Förderkindertagesstätten in integrative Kindertageseinrichtungen“ zu unterstützen.* * siehe Seite 17

Forts. PRÜFSTEIN 3	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Werden Sie dafür eintreten, dass die anderen Förderschulen, sukzessive in inklusive Einrichtungen umgewandelt werden, sodass bis etwa 2020 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention zunächst rund 70 – 80 % der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemeinbildende Schulen besuchen? ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil …….**	JA	*Keine Ankreuzung erfolgt* (NEIN) siehe oben

PRÜFSTEIN 4	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Die Verwirklichung von mehr Chancengleichheit verlangt auch im rheinland-pfälzischen Schulsystem außer einer noch weitergehenden		
GANZTAGSSCHULE **Befürworten Sie die Weiterentwicklung der Ganztagsschule in Angebotsform zu einer verpflichtenden Ganztagsschule für alle Kinder und Jugendlichen?** ☐ **JA, beginnend mit der 1. Klasse ab dem Schuljahr 2011/12** ☐ **NEIN, weil …….**	NEIN, „weil wir zunächst die Ganztagsschule in Angebotsform weiterentwickeln müssen.“ Das bedeutet: • „in rhythmisierter Form“, • mit der „Chance, fächer- und klassenübergreifende Aktivitäten einzubinden“. • „Der musischen Bildung, Sport und Bewegung kommt … eine besondere Bedeutung zu.“ • „Die Bildungsqualität … muss so gut sein, dass Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung überflüssig werden.“	NEIN Die Entscheidung, ob ein Kind eine Ganztags- oder Halbtagsschule besucht, soll „dauerhaft“ in der Verantwortung der Eltern belassen werden. Denn „eine übergroße Zahl der … Eltern ist …hervorragend in der Lage, ihren Kindern beste Sozialisations- und Bildungsbedingungen zu ermöglichen. … Für alle, die nicht in der glücklichen Lage sind, … wollen wir bedarfsgerechte Ganztagsschulangebote vorhalten.“

DIE LINKE	FDP	SPD
JA	(NEIN) siehe oben	(NEIN)

DIE LINKE	FDP	SPD
Vereinbarkeit von Schule und Beruf essentiell, dass <u>alle</u> Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsschule besuchen.		
JA	(NEIN) „Alle Schularten können in eigener Verantwortlichkeit Ganztagsschulangebote einrichten. … Die Form eines rhythmisierten Ganztagsprogramms ist verbindlich einzuführen.“	*Generell keine Ankreuzung erfolgt* (NEIN) „Da wir … den Elternwillen respektieren, stehen wir zu dem Prinzip der Freiwilligkeit. … Wir werden daher das Angebot an Ganztagsschulen in Angebotsform … ausweiten … , zumal eine Finanzierung flächendeckend eingeführter verpflichtender Ganztagsschulen angesichts von Konsolidierungsnotwendigkeiten und chronisch niedriger Einnahmen im aktuellen Haushalt nicht darstellbar ist.“

PRÜFSTEIN 5	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Die Schaffung eines Schulsystems mit mehr Bildungsgerechtigkeit hängt auch in Rheinland-Pfalz neben anderen Faktoren von einer grundlegenden Weiterentwicklung des Überganges von der Elementar– zur Primarstufe ab, der den individuellen Lern- und Entwick-		
ÜBERGANG VOM ELEMENTAR- IN DEN PRIMARBEREICH **Werden Sie sich nach Ihrer Wahl in den rheinland-pfälzischen Landtag unverzüglich für eine qualifizierte Hochschulausbildung der Erzieher und Erzieherinnen im Elementarbereich einsetzen?** ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil ……..**	JA	NEIN „Eine durchgängige Akademisierung des Erzieherinnenberufes lehnen wir ab, (weil dies) eine Abqualifizierung der aktiven Erzieherinnengeneration impliziert … und tausende potentielle Erzieherinnen und Erzieher von ihrem Wunschberuf aus(schließt).“ Es … „sollten mittelfristig (an) allen … Kindertagesstätten Ansprechpartner der verschiedenen Professionen wie zum Beispiel Psychologen, Ergotherapeuten und Pädagogen zur Verfügung stehen.“
Werden Sie für den Übergang vom Elementar- in den Primarbereich eine in der Regel 3-jährige flexible Eingangsstufe initiieren, die den unterschiedlichen Entwicklungsrhythmen der einzuschulenden Kinder durch individuelle Verweildauern entspricht und durch den gemeinsamen Einsatz von Erzieherinnen bzw. Erziehern sowie Lehrkräften der Primarstufe eine intensivere individuelle Förderung ermöglicht? ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil ……..**	JA	NEIN, da die „… vielfältigen Gespräche mit Eltern und Lehrern … hat deutlich werden lassen, dass es keine Bereitschaft für eine weitere strukturelle Umgestaltung im Schulsystem gibt. … Wenn dies … in Einzelfällen gewünscht wird, ist eine Erprobung in Modellversuchen durchaus denkbar.“ Wir … „können uns einen personellen Austausch über die Systemgrenzen hinweg sehr gut vorstellen und treten für eine deutlich verstärkte inhaltliche Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen ein.“

DIE LINKE	FDP	SPD
lungsvoraussetzungen gerecht zu werden vermag. In diesem Zusammenhang sind die erforderlichen fachlichen Kompetenzen der Beschäftigen im Elementarbereich unerlässliche Voraussetzung.		
		Generell keine Ankreuzung erfolgt
JA	(JA) … ..Um „ganzheitliche Bildungsprozesse zu fördern, Lernstrategien zu vermitteln und produktive Auseinandersetzungen in und mit der Gruppe zu ermöglichen …, nicht zuletzt um die Sprachfähigkeit und die Sprachkenntnisse der Kinder … optimal zu schulen, brauchen wir motivierte und (an Hochschulen) qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher, denen neben der notwendigen Anerkennung auch ein Anreizsystem zur Weiterqualifizierung zuteil werden soll.“	(NEIN), aus folgenden Gründen: • „Eine akademische Qualifikation bringt auch den Anspruch auf eine höhere Bezahlung mit sich. Es ist mehr als fraglich, ob die Arbeitgeber … bereit wären, die Mehrkosten dafür zu tragen.“ Seitens des Landes ist „… ein Zuschuss für die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern mit Hochschulausbildung … zur Zeit nicht zu leisten.“ • Die aktuelle Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher im berufsbildenden System „entspricht (dem), was in anderen Ländern in akademischen Einrichtungen gelehrt wird, … hat sich daher bewährt und sorgt für die entsprechende Qualität.“
JA	(NEIN) bezüglich der Einrichtung einer 3-jäh-rigen Eingangsstufe, da Eltern „im Sinne einer Wahlfreiheit entscheiden können (sollen)“, ob bzw. „welches Angebot der Kinderbetreuung sie in Anspruch nehmen … möchten.“ (vermutlich JA) bezüglich der individuellen Verweildauern von Kindern in der Grundschule: „Zugleich soll das Angebot der Grundschule generell in unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchlaufen werden können.“	• „Zudem werden Erzieherinnen und Erzieher mithilfe eines Weiterbildungsprogramms … auf die gesteigerten Anforderungen im Bereich der Sprachförderung und Vorbereitung auf die Schule vorbereitet.“ • „Die Bildungsgänge des Sozialassistenten und der Sozialassistentin sowie Erzieherin und Erzieher (bieten) jungen Menschen mit Sekundarabschluss I eine Aufstiegschance zur Hochschulreife … .“ • „Überdies möchten wir eine wichtige, … anerkannte Berufssparte nicht dem Kreis jener Jugendlichen mit Sekundarabschluss I verschließen.“ *Die zweite Frage wurde nicht bearbeitet.*

PRÜFSTEIN 6	BÜNDNIS 90 – DIE GRÜNEN	CDU
Trotz der erfolgten Umstellung auch der Lehrerbildung in Bachelor - und Master-Studiengänge und dem Versuch, durch Implementierung von Lehrerbildungsstandards die Verwirklichung entsprechender Gütekriterien zu sichern, bleibt festzuhalten, dass die besonderen		
LEHRERBILDUNG **Stimmen Sie der oben stehenden Auffassung zu?** ☐ **JA** ☐ **NEIN, weil ……..**	JA	JA
Wenn JA, welche konkreten Maßnahmen haben Sie im Einzelnen vorgesehen, um **a) die im Dienst befindlichen Lehrkräfte,** **b) die auszubildenden Lehrkräfte** **mit den Kompetenzen auszustatten, die in einem integrativen und/oder inklusiven Schulsystem erforderlich sind?**	Zu a) - „Die Fortbildung aller Lehrkräfte muss qualitativ verbessert werden, speziell um Kompetenzen zur individuellen Förderung und im Umgang mit heterogenen Lerngruppen zu stärken“. - „Supervisionsangebote müssen verstärkt für das Lehrpersonal angeboten werden.“ Zu b) „Wir GRÜNE wollen die abschluss- und schulartbezogene Ausbildung durch eine auf Stufen bezogene Ausbildung ersetzen … .“	Zu a) „Die CDU-Landtagsfraktion tritt im Rahmen der verstärkten Integration von behinderten und beeinträchtigten Kindern in die allgemeinbildenden Schulen selbstverständlich dafür ein, schrittweise die Lehrerfortbildung in diesem Bereich auszubauen.“ Zu b) „Für die nachwachsenden Lehrergenerationen muss der Umgang mit dieser Schülergruppe schulartspezifisch thematisiert werden.“

DIE LINKE	FDP	SPD
Kompetenzen für ein professionelles Wirken in integrativen und/oder inklusiven Unterrichts- bzw. Schulorganisationen noch deutlich unterrepräsentierte Studieninhalte darstellen.		
JA Zu a) „Fortbildungsmaßnahmen“ Zu b) „Sonderpädagogik muss zum festen Bestandteil der Ausbildung werden“	*unbeantwortet* Zu a) „Den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den pädagogischen Fachkräften insgesamt“ ist ein ausgeweitetes „Angebot förderpädagogischer Fortbildungsmaßnahmen zu offerieren“. „…die Weiterbildung für Lehrkräfte, die in diesem Bereich (integrative Schulformen) arbeiten, muss in einem angemessenen Umfang verbindlich werden. Dazu ist das Fort- und Weiterbildungsangebot … entsprechend … auszubauen und inhaltlich weiter zu entwickeln. Fortbildungen sind zu evaluieren, damit Kosten für nicht hilfreiche Angebote vermieden werden können.“ Zu b) „Lehrkräfte an integrativen Schulformen (müssen) in die Lage versetzt werden, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Diese Schwerpunkte sollen bereits während des Studiums und der Lehrerausbildung eine besondere Rolle einnehmen.“	*Generell keine Ankreuzung erfolgt* *unbeantwortet* Zu a) „Über die Einführung des genannten Faches (Bildungswissenschaften) hinaus ist selbstverständlich ein entsprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot zu unterbreiten.“ Die Landesregierung soll „sicherstellen, dass eine deutliche Ausweitung förderpädagogischer Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Fachkräfte der Jugendhilfe angeboten wird.“ * Zu b) „Sofern hier die Qualifizierung der Lehrkräfte zum Diagnostizieren des Leistungsstandes sowie der Einschätzung über die geeigneten Fördermaßnahmen gemeint ist, sei hier … auf die … Einführung des Faches Bildungswissenschaften hingewiesen, wodurch angehende Lehrkräfte mit den Disziplinen Didaktik, Kinder- und Jugendpsychologie und Diagnostik vertraut gemacht werden.“ Die Landesregierung soll „im Rahmen der Ausbildung der Lehrkräfte für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen das Angebot an Inhalten der Leistungsheterogenität und individueller Förderung sowohl im Studienfach Bildungswissenschaften als auch in der Beschäftigung mit spezifischen Fachdidaktiken ausweiten“.* * s. Landtag Rheinland-Pfalz: Drucksache 15/4571 vom 19.05.2010, Antrag der Fraktion der SPD „Integration und Inklusion in rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen

AUF DEN PUNKT GEBRACHT !

Eine Kommentierung bildungspolitischer Positionen zur Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems[1]

Wahlprüfstein 1

Längeres gemeinsames Lernen reduziert die in Deutschland immer noch extrem große Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft. Längeres gemeinsames Lernen hat nachweislich keine schlechteren Ergebnisse für besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler zur Folge, wohl aber bessere Resultate für schwächer Begabte und gesteigerte soziale Kompetenzen für alle Kinder und Jugendlichen. Selbstverständlich gilt, dass individuelle Förderung, weiterentwickelte Unterrichtsverfahren und entsprechende personelle Ressourcen hinzukommen müssen.
Dies ist wissenschaftlich gesichert. Auch deshalb wird ein längeres gemeinsames Lernen über das 4. Schuljahr hinaus weltweit und in allen europäischen Ländern außer der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und wenigen Kantonen der Schweiz seit langem umgesetzt.

Für die **CDU** in Rheinland-Pfalz gilt eine andere Wirklichkeit: Die CDU lehnt eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens kategorisch ab, „da in der Bildungsforschung keinerlei evidente Ergebnisse … Vorteile … belegen könnten“.

Der CDU-Blick reicht wohl nicht über den deutschen Tellerrand hinaus, wenn völlig undifferenziert und damit unzutreffend formuliert wird, dass die „integrativen Schularten in den innerdeutschen Bildungsvergleichen durchgängig schlechter abgeschnitten (hätten) als die differenzierten Schularten.“ Das ist schiere Polemik, weil Integrierte Gesamtschulen oder vergleichbare Schulen in einem gegliederten Schulsystem nicht mit Gymnasien verglichen werden können. Dass aber Länder mit integrierten Systemen, z. B. Kanada, Finnland u. a. – dort besuchen *alle* in der Pflichtschulzeit die gemeinsame Schule – bessere Leistungen erbringen und zudem gerechter sind, verschweigt die CDU oder will es nicht wissen.

Auch die **FDP** zeigt sich unberührt von bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen, schulpolitischen Erfahrungen europäischer Mitgliedstaaten sowie von der Vielzahl gewichtiger pädagogischer Gründe gegen die durch nichts zu rechtfertigende frühe Sortierung unserer Kinder nach dem 4. Schuljahr. Vielmehr verharrt sie auf dem längst widerlegten Standpunkt, ein längeres gemeinsames Lernen und damit die „Verschmelzung der Schulformen zöge eine Nivellierung nach sich, die soziale Ungleichheit zementieren würde“, und setzt ebenfalls unbelehrbar „auf eine differenzierte Schulstruktur, die den Raum für die Entfaltung von Individualität schafft“; schlimmer noch: Getreu der sattsam bekannten Klientelpolitik dieser Partei soll diese – für so viele Kinder und Jugendlichen verhängnisvolle – schulische ‚Kindersortiervorrichtung’ nun auch noch durch Verfassungsrang zusätzlich in ihrem Bestand gesichert werden.

Ein klares Votum für ein längeres gemeinsames Lernen bis zum 9. bzw. 10. Schuljahr ergeht von den **Grünen** sowie von den **Linken** in Rheinland-Pfalz. Sie nehmen die internationalen Erfahrungen sowie die gesicherten, bildungswissenschaftlichen Erkenntnisse offensichtlich ernst und verweisen darüber hinaus auf die ständig zunehmenden Anmeldezahlen und Errichtungsanträge für Integrierte Gesamtschulen.

Ähnlich wird dies in der **SPD** gesehen, die jedoch zur Umsetzung eines längeren gemeinsamen Lernens auf eine bisher unbegrenzte Zeitschiene setzt und weiterhin „Schritt für Schritt um Akzeptanz wer-

[1] *Diese Ausführungen beziehen sich auf die angekreuzten Antwortalternativen. Darüber hinaus werden erläuternde Texte sowie zwischenzeitliche Verlautbarungen mit einbezogen, sofern sie im direkten inhaltlichen Zusammenhang mit dem jeweiligen Baustein stehen. Im Fall der FDP, die sich generell einer Festlegung durch Ankreuzen entzogen hat, mussten die jeweiligen Standpunkte aus umfänglichen und mehrfach über den Umfragehorizont hinausgehenden Darlegungen entnommen bzw. abgeleitet werden.*
Eine ausführliche Darstellung der Positionen findet sich in der Synopse innerhalb dieser Broschüre.

ben …“ will. Dabei ist ein erster, allerdings unzureichender Schritt mit der Einrichtung der Realschule plus bereits gemacht, die nächsten Schritte und das konkrete Ziel sind jedoch ebenso wenig bekannt wie ein möglicher Zeitplan zu ihrer Umsetzung.
Trotz dieses minimalen rheinland-pfälzischen Fortschritts im Bemühen um mehr Bildungsgerechtigkeit werden die gravierenden Nachteile für unsere Kinder und Jugendlichen in nach wie vor nicht zu verantwortender Weise in Kauf genommen.

Wahlprüfstein 2

Besonders die Tatsache, dass unser Schulsystem eine „Risikogruppe“ (18,3 % der 15-Jährigen mit einer Lesekompetenz auf oder unter Grundschulniveau, PISA 2009) produziert, verlangt zwingend nach Maßnahmen jenseits der unerlässlichen Auseinandersetzung mit der Schulstrukturfrage. So müssen vor allem Selektionsmechanismen abgeschafft werden, die Bildungsversagen verstärken oder gar verursachen. Zugleich muss endlich dafür gesorgt werden, dass ein Unterricht realisiert werden kann und realisiert wird, in dem *jede* Schülerin bzw. *jeder* Schüler den Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert wird.

Immerhin befürworten **alle Parteien** eine **Verbesserung der individuellen Förderung durch zusätzliche Ressourcen**.
Allerdings vergeudet die **CDU** wertvolle Gelder, denn sie will eine „kostenlose flächendeckende Hausaufgabenbetreuung“ vor allem durch Ehrenamtliche, also Helfer ohne pädagogische Ausbildung, schaffen. Diese Mittel sollten statt für die Wiederbelebung einer längst überholten pädagogischen Maßnahme des letzten Jahrhunderts sinnvoller für fachlich qualifizierte individuelle Förderung im Unterricht genutzt werden, zumal in einem guten Ganztagsschulsystem eine Hausaufgabenbetreuung ohnehin überflüssig wird!

Sehr zum Erstaunen findet die Notwendigkeit einer weitaus stärkeren Etablierung der Unterrichtsform ‚**individualisierender Unterricht’** keine ungeteilte Zustimmung. Dieses Unterrichtsverfahren hat es nicht nötig, Lernschwache immer wieder aus dem Klassenverband zu entfernen und damit zu stigmatisieren, statt dessen wird *jedes* einzelne Kind bzw. *jeder* Jugendliche konsequent seinen Möglichkeiten entsprechend im Klassenverband gefördert und gefordert
Während dies bei den **Grünen,** den **Linken** und der **SPD** Zustimmung gefunden hat, bleibt die Frage bei der **FDP** schlicht unbeantwortet und stößt bei der **CDU** rundheraus auf Ablehnung. Mangelnde Kenntnisse von dem, was im Unterricht möglich ist oder nicht, können in diesem Zusammenhang als Grund für derartiges Antwortverhalten solcher Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker zumindest nicht ausgeschlossen werden.

Auch die wissenschaftlich seit langem gesicherte Erkenntnis, dass die Ziffern unseres **Notensystem**s allenfalls eine Rangreihenfolge signalisieren können, darüber hinaus zu dem konkreten Lern- und Leistungsstand, zu Stärken und Schwächen keinerlei verlässliche Informationen liefern können, was aber gerade für eine zu dem Lernenden *passende* individuelle Förderung unerlässliche Voraussetzung ist, wird von einer Reihe von Politikern und Politikerinnen, die Verantwortung für die Bildung in unserem Land übernehmen wollen, offensichtlich ignoriert.

Die Abschaffung des Notensystems zugunsten einer aussagekräftigeren verbalen Leistungsbeurteilung wird von **CDU** und **SPD** abgelehnt, wobei letztere ein sich ergänzendes Nebeneinander beider Verfahren befürwortet. Die CDU will sogar die bestehende Möglichkeit, im 3. Schuljahr nach Absprache mit den Eltern auf Noten zu verzichten, wieder rückgängig machen. Die **FDP** lässt auch diese Frage unbeantwortet, während **Grüne** und **Linke** den Verzicht auf Noten wollen.

In Rheinland-Pfalz gibt es immer noch zu viele **Klassenwiederholungen** und **Abschulungen** (8161 Schülerinnen und Schüler mussten im Schuljahr 2008/09 eine Klasse wiederholen). Abgesehen von den eindeutigen empirischen Belegen dafür, dass Klassenwiederholungen in der Regel keine nachhaltigen Verbesserungen der Lernleistungen bewirken, dafür aber beträchtliche Geldsummen verschlingen, prägen die fatalen Folgen solcher – maßgeblich auch durch unser Schulsystem begründeten – Versagenserlebnisse nicht nur die Lern- und Leis-

tungsmotivation, sondern die gesamte Persönlichkeitsentwicklung und weitere Lebensgestaltung.
Dennoch hält die **CDU** stoisch an diesen Selektionsmechanismen fest. Dies gilt auch für die **FDP**. Sie verharrt in diesen Fragen in einem eher nebulösen Vertrauen auf eine Vielzahl differenzierter Fördermöglichkeiten in einem differenzierten allgemeinbildenden und beruflichen Schulwesen und will in „einer Garantieerklärung für Eltern sicherstellen, dass es für ihre Kinder keine Sackgassen im Bildungswesen gibt.“ **Grüne** und **Linke** votieren für die Abschaffung von Klassenwiederholungen und Abschulungen, während die **SPD** bereit ist, teilweise Konsequenzen aus der Erkenntnislage zu ziehen: Durch die Möglichkeit zur Wiederholungsprüfung soll die Anzahl von Klassenwiederholungen auf „Extremfälle“ begrenzt werden, was der schulischen Realität leider nicht entspricht. Dies gilt entsprechend für die Abschulungen, die die SPD nicht abschaffen will, da nach ihrer Wahrnehmung von Schulwirklichkeit „die Schulstrukturreform dazu geführt (habe), dass Abschulungen nur noch in seltenen Fällen möglich“ seien.

Von einer **Abschaffung der kooperativen Form in der Realschule plus** will die **SPD** „für die kommenden Jahre“ im Sinne einer „verlässlichen Politik“ denn auch nichts wissen.
Entsprechend ihrer Grundhaltung: So lange getrenntes Lernen wie möglich – koste es auch die Bildungsgerechtigkeit! bleibt die **CDU** bei ihrem kategorischen NEIN.
Bei der **FDP** ist aus nahezu gleichen Gründen ebenfalls keine Zustimmung zu erkennen. Lediglich die **Grünen** und die **Linken** wollen sich für eine Abschaffung einsetzen.

Wahlprüfstein 3

Im Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), ratifiziert im Jahr 2009 von Bund und Ländern und damit auch in Rheinland-Pfalz rechtlich verpflichtend, heißt es:

> *(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein* ***inklusives Bildungssystem*** *auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen …*

Der Inklusionsbegriff verlangt zweifelsfrei, dass auch behinderte Kinder und Jugendliche nicht zuerst ausgesondert werden, um dann vielleicht wieder in eine Regelschule integriert zu werden.
In Rheinland-Pfalz werden immer noch 87 Prozent (2009) der schulpflichtigen Behinderten aufgrund des schleppenden Ausbaus von gemeinsamem Unterricht durchaus auch gegen den Willen der Eltern durch Zuweisung in eine Förderschule vom Besuch der Regelschule ausgeschlossen. Völlig unverständlich wird dies, wenn man berücksichtigt, dass trotz der in der Regel engagierten und qualifizierten Arbeit der Lehr- und Fachkräfte ca. 77 % der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen keinen Schulabschluss erzielen.
Auch die vielfach noch nicht hinreichende Bekanntheit bzw. Verbreitung von Unterrichtsverfahren, mit denen beispielsweise ein Gymnasiast und ein Jugendlicher mit Down-Syndrom unter angemessenen Bedingungen sinnvoll miteinander lernen, d. h. gemeinsam gefördert und gefordert werden können, dürfen kein Hinderungsgrund für die Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems mehr sein, gibt es doch im In- und Ausland ebenso wie in Rheinland-Pfalz bereits viele Beispielschulen mit höchst erfolgreichem gemeinsamem Unterricht.

Konsequenterweise wollen sich **Grüne** („Eine Grüne Schule für ALLE“) sowie **Linke** ohne Wenn und Aber für eine möglichst rasche Umsetzung der BRK einsetzen, indem sie zunächst ab dem Schuljahr 2011/12 den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen keine Kinder mehr zuweisen, sondern den zuständigen allgemeinbildenden Schulen. Dabei gehen die somit schrittweise frei werdenden sonderpädagogischen Ressourcen in vollem Umfang auf die betroffenen Regelschulen über. Zugleich sollen die anderen Förderschulen sukzessive in inklusive Einrichtungen umgewandelt werden, um bis etwa 2020 entsprechend der BRK rund 70 – 80 % aller Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Besuch einer allgemeinbildenden Schule zu ermöglichen.

In der Zielsetzung eines anzustrebenden inklusiven Schulsystems stimmt die **SPD** zu, verschiebt den Zeitpunkt der Zielerreichung jedoch in die weite Ferne einer „Vision“. Bis dahin soll durch die Ausweitung des Angebotes an Schwerpunktschulen „in allen Schularten und an allen Schulstandorten“ sowie – und dies ist deckungsgleich mit dem Votum der **FDP** - die Erhaltung der „qualifizierten Förderschulangebote“, „falls es von Eltern und den betroffenen Kindern gewünscht wird“, „dem Elternwillen bei der Schulwahl … oberste Priorität eingeräumt“ werden.
Unisono mit der FDP möchte auch die SPD prüfen lassen, „inwieweit die Einrichtung von Förderzentren einen Beitrag zur besseren Integration und Inklusion … leisten kann“, wobei bedauerlicherweise in beiden Fällen nicht ersichtlich ist, welche der vielfältigen Vorstellungen von Förderzentren gemeint ist. Bemerkenswert ist, dass ausschließlich in diesem Zusammenhang von der FDP der Inklusionsbegriff verwendet wird, in allen anderen Fällen spricht sie von ‚Integration’, die sie verbessern möchte. Dies veranschaulicht, wie sich die Liberalen letztlich zum Geist der BRK verhalten.

Alles in allem werden bedauerlicherweise auch hier keine hinreichenden Konsequenzen aus den positiven Erfahrungen ausländischer Staaten im Umgang mit inklusiver Beschulung und aus den – wie wissenschaftlich erst kürzlich belegt worden ist – völlig unzureichenden Bildungsergebnissen der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen gezogen.

Wie zu erwarten setzt sich auch die **CDU** über die Inklusionsverpflichtung der rechtlich verbindlichen UN-Konvention komplett hinweg und redet stattdessen ebenfalls nur von einer zu verbessernden „Integration“ behinderter Kinder und Jugendlichen in die allgemeinbildenden Schulen. Zur Begründung wird angeführt, dass – entgegen vielfältiger positiver Erfahrungen im In- und Ausland – die grundverschiedenen Bedürfnisse vor allem solcher Kinder und Jugendlichen „vereinheitlichende Lösungen“ nicht zuließen, während „die Förderschulen in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag für das selbstbewusste Heranwachsen beeinträchtigter bzw. behinderter Kinder … leisten“ würden.

Wahlprüfstein 4

Die **Ganztagsschule** fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erhöht die Chancengleichheit – insbesondere, wenn sie von *allen* Schülerinnen und Schülern besucht wird. Dann können generell Angebote und Organisation der Lernphasen in rhythmisierter Form optimiert werden und bei Realisierung eines geeigneten pädagogischen Konzeptes die Kompetenzentwicklung *aller* Schülerinnen und Schüler durch Fördern und Fordern gestärkt werden.
Der Einführung einer solchen für alle verpflichtenden Ganztagsschule stimmen nur die **Linken** zu.
Allen anderen Parteien ist die Erhaltung der Wahlfreiheit von Eltern wichtiger als die Schaffung eines ebenfalls maßgeblichen Stützpfeilers für mehr Bildungsgerechtigkeit. Die **CDU** will „bedarfsgerechte Ganztagsschulangebote vorhalten“ und die Entscheidung, ob ihre Kinder eine Halb- oder Ganztagsschule besuchen „dauerhaft“ in der Verantwortung der Eltern belassen.

Die **SPD** bleibt bei dem Prinzip der Freiwilligkeit und will Ganztagsschulen in Angebotsform weiter in die Fläche bringen, auch weil eine verpflichtende Ganztagsschule bei der aktuellen Haushaltslage nicht „darstellbar“ sei.

Die **FDP** lehnt es als Partei der Liberalen ohnehin ab, die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken, möchte aber allen Schulen die Möglichkeit geben, „in eigener Verantwortlichkeit Ganztagsschulangebote ein(zu)richten“, dies mit dem für den Praktiker fragwürdigen Zusatz: „Die Form eines rhythmisierten Ganztagsprogramms ist verbindlich einzuführen.“

Auch die **Grünen** votieren mit NEIN, sie wollen „zunächst die Ganztagsschule in Angebotsform weiterentwickeln“.

Wahlprüfstein 5

Der **Übergang vom Elementar- in den Primarbereich** ist als Start in die Schule von grundlegender Bedeutung für die weitere schulische

Entwicklung des Kindes. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind

- die vorangehenden Bildungsprozesse im Elementarbereich,
- die Frage, inwieweit es gelingt, mitgebrachte bzw. entstandene Entwicklungsrückstände durch qualifizierte pädagogische Interventionen anzugehen,
- die zwangsläufig damit verbundene entsprechend hochwertige Qualifikation der Beschäftigten in den Kindergärten sowie Kindertagesstätten und
- schließlich die organisatorischen Strukturen der ‚Eingangsstufe' in der Grundschule.

Die Notwendigkeit, sich nach der Wahl unverzüglich für eine **qualifizierte Hochschulausbildung der Erzieherinnen und Erzieher** im Elementarbereich einzusetzen, bejahen die **Grünen**, die **Linken** und die **FDP** in erfreulicher Uneingeschränktheit.
Nicht so die **CDU** und nicht so die **SPD**! Die Sozialdemokraten stellen in Frage, dass die durch die Akademisierung des Berufes steigenden Lohnkosten zu finanzieren sind, wollen diese „anerkannte Berufssparte nicht dem Kreis jener Jugendlichen mit Sekundarabschluss I verschließen" und halten die derzeitige Ausbildung wohl auch für ausreichend, denn sie „entspricht (dem), was in anderen Ländern in akademischen Einrichtungen gelehrt wird, … hat sich daher bewährt und sorgt für die entsprechende Qualität."
Die **CDU** argumentiert recht grotesk damit, dass „eine durchgängige Akademisierung des Erzieherinnenberufes … eine Abqualifizierung der aktiven Erzieherinnengeneration" impliziere (Wie ist das eigentlich in vielen anderen Berufen, die sich qualitativ den zum Teil rasant veränderten Bedingungen unserer Lebenswelt durch steigende Qualifikationen anpassen müssen???). Außerdem schließe dies „tausende potentielle Erzieherinnen und Erzieher von ihrem Wunschberuf" aus. Um die fachlich erforderlichen Kompetenzen sicherzustellen, „sollen mittelfristig (an) allen Kindertagesstätten Ansprechpartner der verschiedenen Professionen wie zum Beispiel Psychologen, Ergotherapeuten und Pädagogen zur Verfügung stehen."

Die Frage, ob sie für den Übergang vom Elementar- in den Primarbereich eine in der Regel **3-jährige Eingangsstufe** einrichten will, beantwortet die **SPD** nicht. Diese Eingangsstufe umfasst zeitlich das letzte Kindergartenjahr und die ersten beiden Grundschuljahre. So kann sie den unterschiedlichen Entwicklungsrhythmen der Kinder durch individuelle Verweildauern entsprechen und durch den gemeinsamen Einsatz von Erzieherinnen bzw. Erziehern und Lehrkräften der Grundschule eine intensivere individuelle Förderung ermöglichen.
Die **CDU** lehnt dies ohne Rücksicht auf die Nachteile für unsere Kinder ab, weil sie aus Gesprächen mit Eltern und Lehrern zu wissen glaubt, „dass es keine Bereitschaft für eine weitere strukturelle Umgestaltung im Schulsystem gibt", räumt die Möglichkeit einer „Erprobung in Modellversuchen" und „in Einzelfällen" aber ein, kann sich „einen personellen Austausch über die Systemgrenzen hinweg sehr gut vorstellen" und strebt eine „deutlich verstärkte inhaltliche Kooperation" zwischen den beiden Einrichtungen an.
Die **FDP** winkt bezüglich der Einrichtung der Eingangsstufe eher ab, da die Eltern „im Sinne einer Wahlfreiheit entscheiden können (sollen)", ob bzw. „welches Angebot der Kinderbetreuung sie in Anspruch nehmen … möchten." Dem Durchlaufen der Grundschule in unterschiedlichen Geschwindigkeiten stimmen die Liberalen zu (hoffentlich ohne dabei an das nutzlose Sitzenbleiben zu denken!).
Grüne sowie **Linke** votieren mit einem klaren JA.

Wahlprüfstein 6

Die Verwirklichung einer inklusiven Schule setzt voraus, dass die darin arbeitenden Lehrkräfte über die entsprechend erforderlichen Einstellungen zu diesem Konzept und die professionellen Kompetenzen verfügen. Hier sind in erster Linie die Einstellung zu und der Umgang mit Heterogenität mit all seinen pädagogischen, didaktischen und methodischen Facetten in den Blick zu nehmen. Die rheinland-pfälzische universitäre **Lehrerbildung** hat in dieser Hinsicht noch eindeutigen Nachbesserungsbedarf.

Dementsprechend präsentieren auch alle Parteien ihre diesbezüglichen Überlegungen für die Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer und die Fort- und Weiterbildung bereits im Dienst befindlicher Lehrkräfte.

Am treffsichersten und konkretesten ist hier die **SPD**, die das Studium von „Inhalten der Leistungsheterogenität und individueller Förderung sowohl im Studienfach Bildungswissenschaften als auch in der Beschäftigung mit spezifischen Fachdidaktiken ausweiten“ will, aber auch ein entsprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot vorhalten will, das „eine deutliche Ausweitung förderpädagogischer Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Fachkräfte der Jugendhilfe“ umfassen soll.
Auch die **Grünen** wollen sich für qualitative Verbesserungen im Umgang mit Heterogenität sowie individueller Förderung in der Fortbildung aller Lehrkräfte stark machen und fordern sinnvollerweise ein verstärktes Supervisionsangebot für das Lehrpersonal. Konsequent im Sinne einer inklusiven Schule soll die abschluss- und schulartbezogene durch eine an den Schulstufen orientierte Ausbildung ersetzt werden.
Inhaltlich entsprechende Absichten hegen wohl auch die **Linken,** die leider recht lapidar sehr allgemein auf „Fortbildungsmaßnahmen“ hinweisen und darauf, dass „Sonderpädagogik … zum festen Bestandteil der Ausbildung werden“ muss.
Für die in „integrativen Schulformen“ tätigen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte sieht die **FDP** „ein ausgeweitetes Angebot förderpädagogischer Fortbildungsmaßnahmen“ vor, für Lehrkräfte “in einem angemessenen Umfang verbindlich(e) …Weiterbildung“ und ansonsten eher unkonkret entsprechende „Schwerpunkte während des Studiums und der Lehrerausbildung“, mit denen sie „in die Lage versetzt werden, ihrem Auftrag gerecht zu werden“.
Entsprechend ihrer konsequenten Weigerung, den Begriff der ‚Inklusion’ zu verwenden, spricht die **CDU** ebenfalls von einer Aus-, Fort- und Weiterbildung für die Tätigkeit an Schulen, die sich einer „verstärkten Integration von behinderten und beeinträchtigten Kindern“ verpflichtet fühlen. Konkrete Vorstellungen diesbezüglich lässt sie vermissen, vielmehr weist auch sie nur ganz allgemein auf einen Ausbau der Lehrerfortbildung in diesem Bereich hin, nicht ohne auf die Bemerkung zu verzichten, dass für „die nachwachsenden Lehrergenerationen … der Umgang mit dieser Schülergruppe schulartspezifisch thematisiert werden“ muss.

DER KNACKPUNKT:

Den Parteien ins Stammbuch geschrieben und dem Wähler als Orientierungshilfe!

Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit sowie Wertschätzung und Förderung jedes einzelnen Kindes muss ein demokratisches Bildungssystem garantieren. Davon ist unser gegliedertes Schulsystem weit entfernt, wie die Bildungsforschung zweifelsfrei nachgewiesen hat. CDU, FDP und teilweise auch die SPD beabsichtigen, auf diese Erkenntnisstände auch in der nächsten Legislaturperiode nicht oder nicht angemessen zu reagieren. CDU und FDP wollen – wider besseres Wissen – im Prinzip die Verhältnisse so belassen, wie sie sind. Erkenntnisse der empirischen Pädagogik werden im Interesse klarer Klientelpolitik ausgeblendet oder gar als Ideologie abgetan, der Blick in unsere demokratischen Nachbarländer verweigert.

Auch im Wahlkampf darf es nicht um den parteipolitischen Vorteil um jeden Preis gehen! Nicht um das Hinüberretten gesellschaftlicher Privilegien zu Lasten Dritter! Nicht um das Obsiegen in Debatten, indem man versucht, den Anderen durch den Ideologievorwurf zu diffamieren, weil die sachlichen Argumente ausgegangen sind!

Vielmehr müssen wir in der Diskussion und auf der Suche nach Wegen zu mehr Bildungsgerechtigkeit dringend zurück zur Sachlichkeit, zu den belegten Fakten und damit weg von unbewiesenen Vorannahmen und inhaltlich unbestimmten, polemisierenden Schlagworten!
Was wir brauchen, sind die Fähigkeit und Bereitschaft, möglichst unvoreingenommen wahrzunehmen, was unsere Wissenschaften herausgefunden und korrekt belegt haben, die Bereitschaft dies redlich zu akzeptieren, erforderlichenfalls überholte Vorstellungen zu revidieren und zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen – und damit unserer zukünftigen Gesellschaft – anzuwenden.

SCHULE! BILDUNG!..
REFORMEN, KONZEPTE...
ALLES IN BEWEGUNG,
ALLES VERÄNDERT SICH...
NAJA... OK...
FAST!
4. KLASSE
ZUR
SELEKTION